ANTRAG

der Fraktion der Linkspartei.PDS

10. Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei den Verhandlungen zum 10. Rundfunkänderungsstaatsvertrag dafür einzusetzen,

1. eine Gebührenbefreiung für einkommensschwache Menschen, die keine Sozialleistungen bekommen, einzuführen und
2. die Regelungen für die Rundfunkgebührenbefreiung zu vereinfachen.

Prof. Dr. Wolfgang Methling und Fraktion

Begründung:

Mit den Regelungen des 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrages wurden die Fälle, in denen eine Gebührenbefreiung zu gewähren ist, in § 6 Absatz 1 bis 5 geregelt und Gebührenbefreiungen nur an die dort aufgeführten sozialen Leistungen gebunden. Mit dem 10. Rundfunkänderungsstaatsvertrag sollte in § 6 wieder eine Auffangregelung (Härtefallregelung) für einkommensschwache Menschen eingeführt werden.

Die Regelungen zur Gebührenbefreiung sind zu vereinfachen. Dem Antrag auf Gebührenbefreiung müssen zurzeit die Bescheide über Sozialleistungen im Original oder als beglaubigter Kopie beigelegt sein, was zu einem erheblichen organisatorischen und Kostenaufwand bei dem jeweiligen Leistungsempfänger führt. Gemäß Rundfunkgebührenstaatsvertrag sind die Gebührenbefreiung wie die der Befreiung zugrunde liegenden Leistung zu befristen. Kommt es bei der Bescheidung von Anträgen auf Sozialleistungen zu Verzögerungen, kann auch der Termin für die Beantragung der Gebührenbefreiung nicht eingehalten werden, da kein gültiger Leistungsbescheid vorliegt. Dieser Zustand soll beendet werden.